



DER ÜBERSEE-CLUB e.V.



DR. LOTHAR SPÄTH

Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg

VORTRAG AM ÜBERSEETAG, 8. MAI 1989



Herr Präsident, lieber Herr Illies! Frau Präsidentin!
Lieber Herr Kollege Voscherau! Exzellenzen!
Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich bin ganz beschäftigt mit dem faszinierenden Bild, von dem ich gerade gehört habe, und ich bitte doch sehr, daß ich in zehn Jahren wiederkommen darf, um mit Ihnen gemeinsam, gewissermaßen an einem „Ruhestands“-Platz, in diesem Raum zu hören, was aus Ihren Visionen des Jahres 1989 geworden ist.

Ich bedanke mich sehr für die Einladung. Ich habe natürlich nach dem Bezug deshalb nicht so lange suchen müssen, weil mich der Kollege von Dohnanyi schon vor zwei Jahren angesprochen hatte mit der Frage, ob wir Schwaben für den Hamburger Hafengeburtstag nicht etwas Besonderes tun wollten; denn schließlich sei Barbarossa ja ein Schwabe gewesen – was unstreitig ist. Leider hat es mit dem, was wir vorhatten, nicht geklappt; denn wir haben die Rechte für eine Kopie der Barbarossa-Büste nicht bekommen. Deshalb habe ich dem Kollegen Voscherau ein Bild eines Hamburger Malers aus der Stuttgarter Kunstakademie mitgebracht zum Zeichen dafür, daß wir es zwar bescheiden machen – und bei der voraussehbaren Entwicklung kann ich in zehn Jahren höchstens eine Grafik mitbringen –, aber der gute Wille soll dokumentiert sein. Natürlich erinnern wir uns mit Wehmut, was das für eine Zeit war, als die Schwaben noch bestimmten konnten, ob die Hamburger die Schifffahrts- und Handelsrechte bekommen.

Das ist große Vergangenheit. Wir leiden ja immer darunter, keinen Zugang zum Meer zu haben. Das hilft uns; denn in der Frage der Schiffbausubventionen bekommen wir regelmäßig für die Bodensee-Werft keine Zuschüsse, und im übrigen ist es ja immer so: Man sucht das, was man nicht hat.

Aber ich freue mich auch, daß Sie mich eingeladen haben, eigentlich ein Thema fortzusetzen, über das ich vor zehn Jahren hier gesprochen habe. Und heute verspreche ich Ihnen, Herr Präsident, das Innenpolitische weniger als das Außenpolitische zu behandeln; denn alles das, was zum Innenpolitischen langfristig zu sagen ist, hat der Kollege Voscherau bereits vorgetragen. Ich will keine Alternativszenen entwickeln, zumal wir wissen, wie schnell in der Politik Alternativen sich durchsetzen und wieder verschwinden. Das ist ein kurzfristiges Geschäft, aber das Langfristige bleibt, nämlich: Wohin gehen wir mit unseren Strukturen? Was entwickelt sich um uns herum? Und vielleicht noch mehr als damals, vor zehn Jahren, werde ich heute bis hin zu der Frage der Wettbewerbslage zwischen Zentralstaat und Föderalismus die Meinung vertreten, es kommt viel mehr von außen auf uns zu, als wir gegenwärtig wahrhaben wollen. Und vielleicht sind wir schon mehr Gegenstand einer Entwicklung als Gestalter einer Entwicklung? Vielleicht müssen wir sogar darüber nachdenken, ob wir noch die richtigen Strukturen haben, um möglicherweise Gestaltungskraft zurückzugewinnen. Das soll ein bißchen mein Thema sein, ausgehend von der Überlegung dieser europäischen Entwicklung, die ja viel mehr ist als die Entwicklung des europäischen Binnenmarktes, auf den wir alle starren.

Zunächst einmal gehen wir sehr viel selbstbewußter in diese Entwicklung als vor zehn Jahren. Als ich vor zehn Jahren über die Frage „Die Bundesrepublik Deutschland als Exportnation – Chance oder Risiko?“ referierte, war das die Zeit, in die hinein zwei Jahre später Bruce Nussbaum – ich glaube, er war es –, der damalige Herausgeber von „Business Week“, die Welt neu einteilte und sagte, die Amerikaner und Japaner würden die Welt mit Gütern versorgen, Europa werde eine Mischung zwischen Disko und Altersheim werden. Bruce Nussbaum hat dieses vor drei Jahren zu meiner Freude in Frankfurt in einer Rede ganz klar revidiert und gesagt, niemand habe geglaubt, daß die Europäer, vor allem die Deutschen, so schnell wieder eine so wichtige Rolle im internationalen Geschäft spielen werden.

Vielleicht hat es bei uns Deutschen ein bißchen länger gedauert, bis wir das Thema 1992 wirklich aufgenommen haben. Aber ich glaube, dieses Bewußtsein 1992 hat einen ganz interessanten Aspekt hervorgebracht; denn alles das, was wir zum 1. Januar 1993 wollen, ist ja nichts anderes als das, was in den Römischen Verträgen steht, nur, jetzt glauben plötzlich alle Leute, daß es ernst wird. Ich bin nicht so sicher, ob sie glauben, daß es ernst wird, weil die Politiker es ernst meinen, sondern weil die internationale Entwicklung Strukturen erzwingt, bei denen die Politiker eigentlich so frei gar nicht mehr sind, ob sie das wollen oder nicht.

Nehmen wir das Thema der internationalen Arbeitsteilung, das meiner Meinung nach eines der zentralen Themen ist. Das, was sich in dem europäischen Konzept zunächst entwickeln wird, ist mit Sicherheit eine Zunahme von Arbeitsplätzen. Ich räume ein: Für Baden-Württemberg – für Hamburg wage ich das nicht zu sagen – wird es zunächst anders laufen. Wir werden viele Arbeitsplätze verlieren, und das ist gut so, und je schneller, desto besser, und am liebsten in der Hochkonjunktur. Die Unternehmer werden einen von zwei Wegen gehen können: entweder den der Rationalisierung oder den der Arbeitsteilung, der Veränderung des Fertigungsganges, der Verlagerung von Produktionen, die lohnintensiv sind, an Plätze, wo die Lohn- und Lohnnebenkosten geringer sind, zumal wir in dieses ganze Kalkül – und ich sage das ein bißchen mahnend an die Industrie – die Komponente einzufügen aufhören sollten, wir müßten unsere Lohn- und Lohnnebenkosten entscheidend senken. Das ist und bleibt eine Illusion, wenn wir keine Krise bekommen, und das wollen wir alle nicht. Wenn ich den letzten Abschluß der Druckindustrie ansehe, kann ich nicht erkennen, daß irgend jemand den Antrag gestellt hatte, die Arbeitszeit zu verlängern und die Löhne zu kürzen. Da niemand ernsthaft damit rechnen kann, hat es auch keinen Sinn, so zu tun, als ob wir im Lohnniveau einen großen Spielraum hatten. Bei der Altersstruktur unserer Bevölkerung haben wir den eh nicht mehr. Und bei den Lohnnebenkosten sieht es nicht anders aus. Wer über die Gesundheitsreform lamentiert,

der muß einmal sehen, wie klein der Einschnitt ist, bezogen auf die Dynamik der Kostenexplosion und im Hinblick auf unsere Demographie. In einer Gesellschaft, in der die Zahl der Achtzigjährigen gewaltig wächst und zum Ausgleich die Zahl der Achtzehnjährigen gewaltig abnimmt, ist die Chance auf niedrigere Gesundheitskosten relativ gering. Wir bauen Pflegebetten ab und richten Intensivstationen ein. Wir sind am Anfang der Transplantationsmedizin, und wer einmal die durchschnittlichen Kosten pro Krankheitsfall überschlägt, und dies dann noch auf die Alterskurve bezogen, der wird erkennen, daß der Pflegenotstand ernst ist. Übrigens nehme ich diesen Notstand relativ ernst im Gegensatz zu vielen anderen Notständen, die vor allem von denen produziert werden, die sich gehaltliche Verbesserungen aus der Notlage versprechen. Der Pflegenotstand ist also eine ernste Angelegenheit, und das bedeutet schlicht nichts anderes, als daß wir weitere Kostensteigerungen in den Lohnnebenkosten haben. Über die Rentenformel können sich alle Parteien schnell einigen: Wenn die Zahl der Rentner steigt, die Zahl der Beitragszahler abnimmt, die Beitragszahler immer später ins Arbeitsleben kommen, dafür früher ausscheiden, ist die Rentenformel nicht so zu gestalten, daß die Nebenkosten geringer werden. Das heißt, mit dieser Last gehen wir in die europäische Entwicklung. Und wenn die Lohnkosten und die Lohnnebenkosten so hoch sind, dann bleibt nur übrig, durch Rationalisierung oder durch Verlagerungsstrukturen die Lohnstückkosten erträglich zu machen oder durch eine Arbeitsteilung die Produktkosten wieder wettbewerbsfähig zu gestalten.

Damit sind wir bei der Frage: Wie reagieren wir in der Bundesrepublik? Das gilt natürlich ganz besonders für die Hochlohnbereiche, und da sind Hamburg und Baden-Württemberg sehr vergleichbar. Wir können im Grunde nur damit reagieren, daß wir Arbeitsplätze neuer Art schaffen, bei denen die Wertschöpfung höher ist als bisher und damit das Ganze ins Lot kommt. Diese europäische Arbeitsteilung ist aber natürlich viel mehr als das, was wir jetzt in Europa erleben. Das ist zum Beispiel ein Punkt, der uns durch die internationale Entwicklung längst aufgedrückt worden ist. Denn Arbeitsteilung ist natürlich nicht nur ein europäisches Phänomen. Wie bekannt, ziehen beispielsweise viele baden-württembergische mittelständische Unternehmen, entweder aus dem Autozuliefer- oder aus dem Textilbereich, jetzt nach Portugal und Spanien mit der einfachen Rechnung: Das Lohnniveau in Portugal beträgt zwischen 15 und 20 Prozent des Lohnniveaus, das wir in Stuttgart haben. Und in Spanien ist es nicht sehr viel anders. Deshalb sollte man auch die Hoffnung – auch das sollte man fairerweise sagen –, daß das soziale Europa mit der Arbeitsteilung beginnt, nicht haben. Daß wir uns politisch einigen, die Frage des Wettbewerbs um Arbeitsplätze einzustellen zugunsten einer großen Solidargemeinschaft, ist einer der gewaltigsten Irrtümer, die auch durch Wiederholungen nicht besser werden; denn Gonzalez hat sich da sehr präzis, geäußert – ich glaube, sogar im Gespräch mit Herrn Breit – und gesagt: Jetzt bemühen wir uns erst einmal um die Arbeitsplätze, um unsere Arbeitslosen wegzubekommen, und dann verteidigen wir sie gemeinsam! Niemand soll hoffen, daß es da irgend jemanden gäbe, der eine Solidaritätserklärung zu seinen Lasten unterschreibt.

Und wer das Europäische Währungssystem will, wer die europäischen einheitlichen Strukturen haben will, der muß für die europäische Regionalpolitik und sogar dafür eintreten, daß dieser Prozeß der europäischen Arbeitsteilung mit der anschließenden Anpassung der Strukturen sehr viel schneller vorangeht, als wir heute hoffen können, wenn wir diese Integration wirklich rasch haben wollen. In Wirklichkeit spielt sich dahinter noch etwas ganz anderes ab: die weltweite Arbeitsteilung. Ich glaube, wir haben ein bißchen übersehen, welche Bedeutung heute der schnelle Gütertransport hat, verbunden mit der Möglichkeit, in immer mehr Schwellenländern Teile von Produkten herzustellen, zumindest solche, die ein hohes Gewicht haben, womit sich die Transports eigentlich im Rahmen der Arbeitsteilung nur noch auf – um es vereinfacht auszudrücken – Menschen, Zeichnungen und Elektronik beschränken oder auf Fertigprodukte. Das bedeutet im Ergebnis, daß die Frage der Rechnung, im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung woanders zu fertigen, immer leichter aufgeht; denn wenn Sie die Wertschöpfung eines Kilogramms Elektronik nehmen, dann sind die Transportkosten von Singapur nach Hamburg mit, ich glaube 3,60 DM pro Kilogramm, relativ gering, wenn das gleiche auf dem Postweg von

Hamburg nach Paris geht, kostet es sicher etwa 14,60 DM. Ich lege mich dabei nicht auf 10 Pfennig fest, aber kontrollieren Sie es einmal. Es wird also immer deutlicher: Alle diese Fragen stellen sich international anders.

Die zweite Komponente der Zukunft ist die Kommunikation. Der Börsenkrach hat uns ja vor allem gezeigt, wie schnell die Kommunikation inzwischen in der Welt geworden ist. Und wenn Sie sich das Satellitennetz und dessen Entwicklung vor Augen führen – ich nehme einmal die zehn Jahre voraus, Herr Kollege Voscherau –, dann wissen Sie, daß sich mit diesem Satellitennetz die weltweite Kommunikation genauso selbstverständlich in fast allen Teilen der Welt durchführen läßt, wie es zumindest schon in Zentraleuropa geschieht.

Mit anderen Worten: Diese Hindernisse eines Weltmarktes sind weg, wir sprechen jetzt wirklich von einem Weltmarkt. Das bedeutet zum Beispiel für die großen Konzerne – das, was meiner Meinung nach Kenichi Ohmae, der japanische McKinsey-Chef, in seinem Buch über die Triade am besten beschrieben hat – die Grundüberlegung, weltweit zu operieren, das heißt, in Amerika, in Japan, in Europa zu investieren und von da aus ein Netz von Produktionsstätten und -entwicklungen einzuleiten. Es kommt zum Teil zu Fusionen. Man denkt dabei immer an MBB/Daimler-Benz, daran denke ich nie. Ich denke nur daran, daß man, wenn man etwas einleitet, ziemlich früh wissen muß, ob man das schaffen kann oder nicht, und dann sehr früh entscheiden muß, ob man das wirklich machen will, und daß die Beteiligten in einer solchen Frage nicht zu Schiedsrichtern werden dürfen, weil das ein ärgerliches Gemisch ergibt. Und wenn die Zahl der Schiedsrichter auf dem Sportplatz in dieser Frage größer wird als die Zahl der möglichen Stürmer, dann geht am Schluß niemand mehr auf den Fußballplatz. Aber das ist nur ein Beispiel. Das interessante Beispiel ist Nestle. Verfolgen Sie einmal, wie und mit welchen Strukturen ein Schweizer Konzern, wie Nestle, heute weltweit operiert.

Nehmen Sie die Chemie, nehmen Sie die Elektronik. Wir sind doch bereits in einem Zustand, in dem sich im Grunde die Frage, ob die G-7-Gruppe immer funktioniert, viel spannender stellt als der Aspekt, welche nationalen Regeln für diese Konzerne gelten. Wir bilden uns nämlich nur noch ein, daß wir das steuern. Das hat deshalb ein so großes Gewicht für Europa, weil eine ganze Reihe von Fragen in Europa gar nicht mehr in der freien Entscheidung der Regierungen liegt.

Wir werden die Unternehmensteuerreform bekommen – egal, welche Regierung in Deutschland ist –, und zwar aus folgendem Grunde: Wenn die großen Investitionen so lange in diejenigen Länder gehen, die günstige Unternehmensteuern haben, dann werden sich die Länder, die die Investitionen nicht mehr bekommen, aus Arbeitsplatzgründen irgendwann diesen Steuersystemen anpassen. Etwas Ähnliches wird bei der Deregulierung passieren. Wir haben eine ganz interessante Geschichte, die ich für politisch äußerst spannend halte: Während bisher die Regel galt, der Nationalstaat bestimmt die Spielregeln, in denen sich die Unternehmen bewegen, ist es demnächst umgekehrt: Die großen europäischen Unternehmen haben die Chance einer Steuerung durch ihre Investitionsentscheidungen. Und sie haben recht, wenn sie sagen, Kapital sei beweglich, Regierungen weniger. Wenn aber Kapital beweglicher wird als Regierungen, könnte der Fall eintreten, daß Regierungen beweglich werden müssen, wenn sie die Chance für Arbeitsplätze und soziale Sicherungen wahrnehmen wollen. Das wird im Grunde eine der spannendsten Fragen für die europäische Entwicklung. Und das zeigt auch, daß wir über die politische und nicht nur über die wirtschaftliche Entwicklung Europas nachdenken müssen. Ich muß Ihnen offen sagen: Ich glaube, wir diskutieren das Thema Binnenmarkt mit seinen automatischen Folgen zuviel und die politischen Konzeptionen für Europa zuwenig. Wir werden nicht darum herumkommen: Wir müssen uns irgendwann entscheiden, ob wir das politische oder nur das wirtschaftliche Europa wollen. Ich persönlich bin der Meinung, wir brauchen das politische, wenn wir langfristig die richtigen Weichen stellen wollen.

Ich habe auch die große Sorge, daß das wirtschaftliche Europa uns in Bedrängnis bringen und möglicherweise Antientwicklungen stimmungsmäßig für Europa einleiten konnte, wenn wir das politische Europa nicht weiterentwickeln. Ich will versuchen, dafür einige Beispiele zu nennen.

Wir diskutieren die Ordnungspolitik und haben das interessante Phänomen, daß in der Ordnungspolitik, beispielsweise in der Steuerpolitik und in der Deregulierungs- politik, die europäische Wettbewerbslage die Staaten zur Harmonisierung zwingt. Wir konzentrieren uns in der Harmonisierung auf Themen, die keinen Menschen mehr interessieren.

Als Mitunterzeichner der Erklärung für das Reinheitsgebot des deutschen Bieres bekenne ich, daß das ein dummer Quatsch war. Solange ich mein Bier bekomme, kann doch jeder andere sein Bier haben. Warum soll ich mich aufregen, wenn sich andere entscheiden, einen anderen Typ Bieres zu trinken? Ich verurteile ihn doch auch nicht, wenn er Wasser statt Bier trinkt. Oder: die Sojawurst. Wenn ich im Metzgerladen meine schwäbische Leberwurst bekomme, ist es mir eigentlich völlig egal, ob daneben eine Sojawurst liegt; denn entweder jemand kauft sie, dann soll sie ihm guttun, oder niemand kauft sie, und dann verschwindet sie vom Ladentisch. Aber eine Diskussion in Europa zu beginnen über die europäische Wurststruktur ist mindestens so gut wie die Diskussion über die Kantenlänge des europäisch produzierter Karamelbonbons, und diese haben wir ja gelöst: mit einer Richtlinie, die im Umfang des Wortschatzes etwa dem deutschen Grundgesetz entspricht.

Was für ein Thema: eine Harmonisierung zu betreiben, bei der genau das Umkehrte gewünscht ist, nämlich die Vielfalt. Wir sollten die Stärke Europas in der Vielfalt sehen und nicht in dem Versuch, Dinge zu harmonisieren, die gar nicht harmonisierungsbedürftig sind.

Ich sage einmal etwas ganz Böses und Mutiges, das ins Lebensmittelrecht hineingeht: weil dieselben Deutschen, die beinahe verzweifeln, wie sie ihre Gesundheit in Deutschland schädigen, sich, sobald sie die deutschen Grenzen verlassen haben, mit den heimischen Genüssen vollstopfen, die alle nicht unserem Reinheitsgebot entsprechen und deshalb als so besonders delikat und landschaftsgebunden empfunden werden. Aber kaum sind die Leute zurück, empfinden sie es als unglaublich, erstens, daß man ihnen das zugemutet hat, zweitens, daß sie darauf eingegangen sind, aber, drittens, planen sie den Urlaub dorthin schon wieder, und dann wollen sie wenigstens in der kurzen Zeit, in der sie zwischen den Urlauben noch zu Hause sind, sicher sein, daß die Gesundheitsvorschriften dort dafür strenger sind als in anderen Teilen Europas. Das ist ein Stück unserer deutschen Schizophrenie, die wir wie kein anderes Volk pflegen. Im Umweltschutz ist es übrigens fast ähnlich: Die Leute fordern uns ununterbrochen auf, endlich den Katalysator für verbindlich zu erklären. Jeder kann ein Auto mit Katalysator kaufen! An jeder Tankstelle gibt es bleifreies Benzin. Aber die Leute verlangen von uns Politikern, daß wir sie zwingen, das zu tun, was sie dringend wollen und nur deshalb gegen ihren eigenen Willen nicht tun, weil wir Politiker sie nicht zwingen, in einer freien Gesellschaft endlich so zu handeln, wie sie eigentlich handeln wollen.

Daraus ergibt sich natürlich, daß man den Deutschen dieses gelegentlich wieder ein bißchen vorhalten muß; denn sonst kommen wir aus diesem Frust nicht heraus. Es ist im Grunde ein typisch deutsches Problem. Und wenn wir Europa erreichen wollen, dann müssen wir von ein paar Dingen ein bißchen Abschied nehmen, auch mit dem Mut, uns in unseren Denkweisen wieder ein bißchen flexibler zu verhalten, und das nicht nur privat. Privat sind die Leute unglaublich flexibel. Sie müssen einmal beobachten, wieviel Urlaub die Leute aus den wenigen Tagen zwischen den noch vorhandenen Arbeitstagen machen. Mir fällt richtig auf, wie sauer die Leute sind, die es vor Weihnachten versäumt haben, den Sommerurlaub zu buchen, und jetzt zwischen Ostern und Pfingsten daheim bleiben müssen, weil sie ja die Reisebüros danach abklappern müssen, wo es noch einen Flug gibt.

Nur, die Fragestellung, die sich im Harmonisierungsbedürfnis dann wirklich ergibt, ist natürlich eine andere. Es ist die große Frage: Müssen wir die Ordnungsstrukturen harmonisieren, oder müssen wir uns nicht vielmehr mit der europäischen Infrastruktur beschäftigen? Ich will versuchen, das auch an einem Beispiel zu veranschaulichen. Wie sieht eigentlich die europäische Verkehrsinfrastruktur aus? Wenn Sie sich einmal die europäische Arbeitsteilung vor Augen führen, dann stellen Sie fest, daß sie zwei todssichere Dinge erzeugt: Transport und Verkehr. Es ist doch nicht denkbar, daß diese neue Arbeitsteilung mit immer geringerer Fertigungstiefe und immer mehr Komponentenfertigung in allen Teilen Europas etwas anderes erzeugt

als jede Menge neuen Transports. Ich vermute, daß die Lkw-Konjunktur damit mehr zu tun hat als mit der plötzlichen Entdeckung, daß man auf dem Pkw-Sektor langsamer vorankommt, dafür auf dem Lkw-Sektor schneller. Das hat etwas mit Transport zu tun. Aber der Glaube, wir könnten in Europa die Sache so laufenlassen, daß eines Tages nur noch mit Autobahnbau und Straßenbau und Lkw-Steigerungen die Transportsituation in Europa erledigt wird, ist eine Illusion.

Oder nehmen Sie den Transport von Managern. Stellen Sie sich einmal den europäischen Luftverkehr vor bei den Bedürfnissen, wobei noch dazukommt, zumindest bei meinen Landsleuten, daß sie abends zu Hause sein wollen, jedenfalls behaupten sie das, das müssen sie auch behaupten, aus familiären Gründen. Aber stellen Sie sich bei dieser Arbeitsteilung einmal den Flugverkehr in Europa vor. Das heißt doch schlicht, daß alles nicht mehr funktioniert.

Da stelle ich eine Prognose, bei der mein Hamburger Kollege zu pessimistisch war. Der Transrapid wird sich nicht auf Norddeutschland beschränken können, sondern wir werden den Transrapid zwischen allen europäischen Flughäfen brauchen; denn die Chance, von einem Flughafen zum anderen in durchschnittlich dreißig bis vierzig Minuten zu kommen und dort dann noch die Abfertigung im Transrapid bei der Zufahrt vorzunehmen, gäbe uns vielleicht die einzige Chance, die Kapazität der europäischen Flughäfen mit einem Schnellverkehrsnetz so zu verbinden, daß die Infrastruktur wenigstens für diesen Sektor funktioniert. Aber überlegen Sie einmal: Wir schreiben das Jahr 1989, der Binnenmarkt kommt 1993, und wir haben noch nicht den Ansatz eines Konzeptes, sondern diskutieren im Augenblick, wo wir die Transrapid-Versuchsstrecken bauen wollen. Und dann denken Sie bitte noch an die deutsche Genehmigungspraxis, bei der wir auch ein Phänomen haben, das sich nur dadurch ertragen läßt, daß die meisten Diskussionen nur öffentliche Investitionen betreffen, und da dort diejenigen, die Zeit haben, mit denjenigen diskutieren, die Zeit haben, kommt es weniger drauf an. Aber stellen Sie sich einmal einen richtigen Unternehmer vor, der ein Produkt herstellen will, dessen Lebensdauer jetzt statt zehn nur noch fünf Jahre beträgt, im Gegensatz dazu aber die Genehmigungsdauer für die Investitionen zur Herstellung des Produktes von fünf auf zehn Jahre gestiegen ist, dieser Unternehmer hat das Riesenproblem, in ein Produkt investieren zu müssen, das er noch nicht kennt, weil es sich nicht mehr lohnt, für dieses Produkt zu investieren, das er schon kennt.

Das sind die Fragestellungen, die sich auch für die Infrastruktur ergeben. Wir brauchen ein Schienennetz. Wir brauchen ein europäisch integriertes Konzept für Verkehrslösungen. Und überlegen Sie einmal, wie weit wir in der Hinsicht sind: Wir wissen nicht, wo wir den TGV abnehmen, wir machen unseren ICE, die Franzosen ihren TGV, die Engländer wissen noch nicht, aus welcher Spur sie den Tunnel übernehmen, die Spanier planen ein eigenes System mit europäischen Regionalmitteln und wissen noch nicht, ob sie vielleicht doch eine eigene Spur machen, die Schweizer lassen uns mit der Transversale nicht durch ab 28 Tonnen, sondern verweisen uns auf mehrere Alpendurchbrüche, aber da gibt es Zeiten, in denen nichts mehr geht.

Wir müssen einmal überlegen: Haben wir dieses Europa, das die 320 Millionen Menschen in einem so engen Rahmen hat, einmal konzeptionell angedacht? Und dann dürfen wir die Umweltschützer nicht außer acht lassen. Wir müssen zum Beispiel ernsthaft eine europäische Raumplanung machen, bevor die Portugiesen und die Spanier alles das falsch machen, was wir in Deutschland und Frankreich falsch gemacht haben, nämlich erst eine überzüchtete Agrarpolitik, weil dafür die Preise in Brüssel noch gut sind, dann ein Abbau der Überproduktion durch Prämien für den Abbau, im Gegensatz zu den noch nicht zurückgezahlten Prämien für den Aufbau, anschließend der Aufbau einer industriellen Konzeption, die möglicherweise landschaftsverbrauchend ist und auf die Umwelt keine Rücksicht nimmt, die aber zehn Jahre später, weil die Arbeitsplätze dann nach Thailand gehen, ohnehin wieder umgestellt werden muß. Das heißt, wir haben überhaupt sehr wenige Vorstellungen über das Thema „Schutz natürlicher Landschaften – europäische Raumkonzeption“. Ich lese nichts darüber, frage mich aber, wieso wir über das Vereinigte Europa diskutieren können, im Grunde aber nur über Harmonisierung von Ordnungspolitik, aber nicht über Gestaltungselemente sprechen.

Den zweiten Bereich haben wir gerade erlebt: das Thema der Energiepolitik. Es bleibt nicht bei Wackersdorf. Die Franzosen werden niemals akzeptieren, daß die Baden-Württemberger für 4 Milliarden DM Überschuß jedes Jahr Autos und Maschinen nach Frankreich liefern, aber keinen Strom in Frankreich kaufen, obwohl die Kernkraftwerke – an denen unsere Werke schon beteiligt sind, was nur niemand weiß – das im Grunde schon eingeleitet haben. Wir brauchen einen europäischen Energieverbund. Und dann werden wir an der Kohlethemmatik nicht vorbeikommen. Es ist nicht durchzuhalten, daß wir in bestimmten Teilen Nordrhein-Westfalens ganze Dörfer evakuieren, damit wir die Braunkohle abbauen können, und wenn die nicht richtig brennt, nennen wir das vornehm niederflüchtig, leeren Öl darüber, damit sie brennt, nehmen die Umweltschäden in Kauf zur Sicherung der Arbeitsplätze, und anschließend haben wir den teuersten Strom der Welt. Die nationale Karte zieht nicht mehr! Wir können nicht immer die nationale Karte ziehen, wenn es in Europa unbequem wird. Und da ist unsere Bequemlichkeit, daß wir sagen: Aber das ist unsere nationale Reserve! Ich möchte gern einmal wissen, wie die nationale Kohlereserve umgesetzt wird in Kanonenöfen zur Heizung von Familienheimen in Hochhäusern, wenn es ernst wird. – Ja, wir diskutieren das, als ob man darüber nicht nachdenken dürfte. Wir brauchen eine europäische Energiepolitik, einschließlich der Entsorgung.

Und es geht weiter: Wir brauchen eine europäische Umweltschutzpolitik. Das bestreitet niemand mehr. Und daran müssen wir noch gewaltig arbeiten. Die Deutschen sind beim Katalysator, aber die Engländer sind immer noch der Meinung, der Westwind sei eine echte Alternative.

Wir müssen noch eine Menge daran arbeiten, ein europäisches Umweltbewußtsein zu entwickeln. Aber im Grunde gibt es keine Phase der Politik, in der Sie eigentlich noch weitermachen können mit nationalen Fragen. Nehmen Sie die Forschungspolitik. Die Frage, was JESSI ausmacht, wird in Deutschland zwischen Nord und Süd, zwischen Strukturpolitik und Forschungspolitik, diskutiert. Aber die wirkliche Frage ist, ob Europa in der Lage ist, mit einer großen, gemeinsamen Forschungsanstrengung in die Dimension von Grundlagenforschung zu gehen, wie sie in Japan und Amerika zu Hause ist. Wir betreiben regionale Forschungspolitik und zum Ausgleich europäische Agrarpolitik. Wir sollten es genau umdrehen. Die Agrarpolitik werden wir nur regional lösen können, weil das immer mehr eine Frage der Landschaftspflege statt der Produktion ist, aber bei der Forschungspolitik liegt es im argen. Wo sind denn die vielen Professoren, die wir für die neuen Forschungsgebiete alle zum Aufbau unserer regionalen Forschungszentren bekommen könnten? Es ist ein hoffnungsloser Wettbewerb.

Und ich denke an die Probleme, die zwischen Grenoble und anderen Orten bestehen. Wir haben die vier Partnerschaften gegründet: Rhône-Alpes, Lombardei, Katalonien und Baden-Württemberg, und wollen jetzt als erstes unsere Universitäten vernetzen mit Glasfaser, damit wir die Forschungszentren zusammenfügen können. Aber da sind wir immer noch bei der Frage, wie die Gebühr für ein Auslandsgespräch ist! Überlegen Sie einmal, wie weit wir sind bei der Integration der europäischen Forschung! Am Anfang. Und in Wirklichkeit stellen Sie fest: Alle Fragen sind plötzlich europäisch. Ich will nicht die aktuelle Ost-West-Frage nehmen, aber es soll doch niemand glauben, daß wir uns eine isolierte Außen- und Sicherheitspolitik einzelner europäischer Nationalstaaten im Verbund mit anderen Organisationen leisten können. Wir können unsere europäische Konzeption entweder mit einer Stimme in die Hand nehmen oder nicht.

Dabei stellt sich eine ganz interessante Frage: Was ist eigentlich noch national zu entscheiden? Und insoweit sehe ich in Ergänzung dessen, was vorher gesagt wurde – nicht im Gegensatz dazu –, eine ganz andere europäische Fragestellung: Alle Makrofragen sind europäisch, alle Mikrofragen sind national, was machen wir eigentlich mit den Nationalstaaten?

Um das noch zuzuspielen: Ich wurde es für das Spannendste finden, wenn der Redner, der in zehn Jahren hier steht, beschreiben würde, wir stünden vor einem phantastischen Ereignis: daß nämlich in Brüssel die ganze Bürokratie vor Aufregung völlig aufgelöst sei, nicht nur, weil die Europawahlen, die im Juni 1999 stattfinden,

die abschließende Entscheidung über den vorgelegten Verfassungsentwurf für die Vereinigten Staaten von Europa bringen, sondern auch, weil am 1. Januar des Jahres 2000 der erste europäische Präsident seine Antrittsrede im Parlament hält und daß dort auf der Nationalratsbank der deutsche Bundeskanzler, der französische Präsident, der niederländische Regierungschef und alle weiteren sitzen, so wie wir im Bundesrat. Das wäre eigentlich die spannende Vorstellung.

Und die spannende Vorstellung wäre, ob nicht unsere Aufgabe der letzten zehn Jahre dieses ausgehenden Jahrhunderts ist, die Frage zu stellen – nicht der Sinn der Nation muß hinterfragt werden; wir wollen gute Deutsche und gute Europäer sein, und ein deutscher Patriot kann zugleich ein europäischer Patriot sein – und den Aspekt zu beleuchten: Ist nicht die Zeit der Nationalstaaten alter Tradition eigentlich abgelaufen? Übrigens: nicht nur in Europa. Wir denken doch immer mehr an Weltregionen. Wir reden nicht mehr von Japan, sondern wir reden vom „Pazifischen Becken“, schreiben von „Weltregion“. Die Annäherung zwischen den ASEAN-Staaten und Japan – vor zwei Jahren undenkbar – hat begonnen. Und vielleicht ist diese wirtschaftliche Weltintegration die Herausforderung an größere Einheiten. Vielleicht brauchen wir tatsächlich so etwas wie nicht mehr die alten Nationalstaaten, sondern Regionen, die mit Mehr- und Minderheiten, auch mit Bevölkerungsstrukturen, leben können. Dann wird natürlich der Nord-Süd-Konflikt in der Bundesrepublik erst auf die Dimension zurückgeführt, die er dann wirklich noch haben kann. Wir gewinnen oder verlieren nur gemeinsam. Damit stellt sich auch die Frage, ob die Europäische Gemeinschaft eine Festung werden darf.

Für mich war ganz interessant, daß bei einer Tagung, die Herrhausen und ich kürzlich in Stuttgart mit europäischen Wirtschaftsführern abgehalten haben – und bei der wir einen Vertreter der amerikanischen Wirtschaft aus seiner Sicht und den schon genannten Kenichi Ohmae aus japanischer Sicht die Europäische Gemeinschaft beleuchten ließen –, die einzige zentrale Frage nicht die war, wie die europäische Integration vorankommt – das gilt eigentlich als gelaufen –, sondern: Schafft ihr es, aus der europäischen Inzucht herauszukommen und bei Problemen, die ihr bei der Integration der EG bekommt, nicht der Versuchung zu erliegen, das Ganze nach außen abzuschließen, um im Innern besser ausgleichen und Probleme in Ruhe lösen zu können? Und dort ist die größte Gefahr. Sie spüren die Unruhe in den EFTA-Staaten. Ich spüre sie am deutlichsten in der Schweiz und in Österreich, Sie spüren sie vielleicht stärker in Norwegen und in Schweden.

Tatsache ist, daß wir von Anfang an sagen müssen: Es gibt keine europäische Konzeption – übrigens auch keine europäische politische Konzeption –, die neben einem Kern eines politischen Europas offen sein muß für die europäischen Entwicklungen insgesamt.

Sie sollten einmal sehen, was wir da abwickeln. Ich habe die Zahlen einmal nachgelesen, weil ich überrascht war, wie hoch sie sind. Wir wickeln mit den USA 145 Milliarden und mit den EFTA-Staaten 200 Milliarden ab aus der EG. Mit anderen Worten: Wir haben gar keine andere Wahl. Sie haben hier oben keine andere Wahl, Sie können die EG nicht abgeschlossen von Norwegen, Schweden und Finnland sehen, und Baden-Württemberg kann sich nicht mit der gleichen Grenze zur Schweiz im Süden wie nach Frankreich im Westen vorstellen, daß es ohne die EFTA arbeitet; obwohl – beobachten Sie es einmal genau – die Industrie mißtrauischer ist gegenüber unseren politischen Aussagen als wir selbst. Denn die Investitionen, die die EFTA-Staaten zur Zeit in der EG vornehmen, sind gewaltig. Man sagt: Wir glauben euch ja, aber wir gehen auf jeden Fall einmal rein in den Markt, damit wir ein Bein darin haben! Aber wir müssen dagegenhalten: Die EG muß ein Musterbeispiel sein eines großen Marktes, der nicht mit sich zufrieden ist, sondern eigentlich nur seine Kräfte zusammenführt, um sich zu öffnen, diese Kräfte auch nutzbar zu machen und in den gesamten EFTA-Bereich zu übertragen!

Wir sollten das Ost-West-Thema nicht ausklammern. Wir Europäer dürfen es nicht ausklammern. Nun weiß ich, daß viele Leute in großer Euphorie sind. Diesen Leuten rate ich, einmal die realen Zahlen des Osthandels nachzulesen und am besten mit unseren Freunden im Osten über deren Probleme zu diskutieren; denn dann werden sie viel nüchtern, als wenn sie das nur unter sich diskutieren. Unsere Freunde im

Osten haben, wie ich manchmal meine, schon mehr von ihren Problemen erkannt als wir. Aber das alles ändert nichts an der Tatsache, daß dort ein gewaltiges Potential an Zukunftsplanung ist, das wir nutzen müssen. Wir können nur alle hoffen, daß dieser Öffnungskurs gutgeht.

Ich fand es zum Beispiel faszinierend, daß am vergangenen Freitag nach der großen Feier des Europarates in Straßburg mit dem Beitritt Finnlands die Vertreter Europas eine Einladung von uns nach Stuttgart wahrgenommen haben und der polnische Parlamentspräsident und der ungarische Parlamentspräsident selbstverständlich mit in der Gruppe der Parlamentspräsidenten des Europarates saßen. Wer hatte das noch vor wenigen Jahren zu hoffen gewagt! Es ist kein Grund zu Euphorie, aber die Erkenntnis – vielleicht sollten wir im Ost-West-Bereich öfter daran denken als nur an die Abrüstung, und was mir die Öffnung im Osten so glaubhaft macht, ist überhaupt nicht die politische Taktik, sondern diese nüchterne Erkenntnis –, daß eines Tages in der Weltgeschichte – die immer mehr Informationen austauscht, die immer globaler wird, die immer weltabhängiger wird – die Frage der technischen Wirtschaft und Überlegenheit vielleicht eine so große Rolle spielt, daß sie in der Machtfrage gar nicht mehr mit Raketen und Panzern ausgeglichen werden kann. Die Diskussion um SDI ist vielleicht deshalb so interessant geworden, weil man jetzt über Systeme nachdenkt. Ich will das gar nicht bewerten, aber die Tatsache, daß es plötzlich ein Nachdenken über Systeme gibt, die die Macht von Militärmitteln unkalkulierbar machen, konnte vielleicht ein Gedankenansatz sein, daß die Zeit gekommen ist, in der die Macht von Staaten, berechenbar nach Militärpotentialen, zurückgedrängt wird von der Macht der Kreativität, von der Macht der neuen Strukturen, von der Macht der Wirtschaftskraft, von der Macht der technischen Intelligenz.

Und ich glaube, der Ansatz, daß sich der Osten öffnet aus dem egoistischen Gefühl, er müsse sich lieber ein Stück abhängig machen von der Welt, weil er mit der alten Isolationspolitik seine Bevölkerung nicht mehr befriedigen könne, scheint mir auch darauf hinzudeuten, daß wir nicht nur die Elemente der Abrüstung und der Rüstungspotentiale im Ost-West-Feld sehen müßten, sondern daß wir durch Kultur- und Wirtschaftszusammenarbeit eine ganze Menge konstruktiver vertrauensbildender Maßnahmen einleiten können, die uns vielleicht das Fundament ebnen, auf dem wir die schwierigen politischen Fragen zum Osten eher lösen können.

Die Frage ist: Was ist eigentlich für uns die große Herausforderung? Wir können in diesem ganzen Konzept unsere Position nur bewahren mit dem einzigen Rohstoff, den wir haben: unsere Menschen. Andere Rohstoffe haben wir nicht. Die Größe, die wir haben, läßt keine strategischen Überlegungen großer Art zu. Und deshalb heißt unsere Antwort eigentlich: Qualifizierungsoffensive. Ich glaube, wir haben bisher noch unterschätzt, in welchem Ausmaß wir unsere jungen Menschen qualifizieren müssen. Denn unser Problem in der Zukunft – um einmal zur demographischen Kurve zurückzukommen – wird nicht die globale Arbeitslosigkeit sein. Ich bestreite nicht, daß wir ein Problem haben, vor allem ein Langzeitarbeitslosenproblem für Ältere, für Schwächerqualifizierte. Aber gleichzeitig haben wir montags Massenarbeitslosigkeit, dienstags Lehrlingsnotstand, mittwochs Facharbeitermangel, donnerstags Pflegenotstand, freitags Ingenieurmangel, samstags reden wir über das Problem der Sonntagsarbeit, sonntags reden wir gar nicht, um die Regel einzuhalten, und fangen montags wieder mit der Massenarbeitslosigkeit an.

Hinter dieser Statistik verbirgt sich bereits ein gewaltiger Strukturwandel. Und wenn Sie jetzt überlegen, daß von den kleiner werdenden Jahrgängen immer mehr für die Pflege der Alten und für die Erziehung der Jungen gebraucht werden und die Menschen durch Weiterbildung immer mehr unterbrechen müssen, dann wird doch das Potential von Menschen, das wir für die allgemeinen geschäftlichen Dienstleistungen und für die Produktion noch haben, immer kleiner. Also müssen wir mit immer mehr Maschinen mit immer längeren Laufzeiten, mit immer mehr Computern und Robotern und immer weniger Menschen das Riesensozialprodukt herstellen und verkaufen, von dem wir leben wollen, ohne soziale und ökologische Konflikte zu erzeugen. Das wird unsere Herausforderung. Deshalb sind die Forschungsinvestitionen so wichtig. Deshalb ist auch die Investition in die weiterführenden Bildungseinrichtungen so wichtig.

Deshalb sollten wir vielleicht noch ein Letztes überlegen: Das Ganze ist nicht mehr eine Frage der Technologie. Und wenn ich das sage, hoffe ich, daß man mir es abnimmt, zumal man mich ja für den Ministerpräsidenten hält, der schon zum Frühstück Chips zu sich nimmt.

Wir tun immer noch so, als ob wir ein Problem von Technikfeindlichkeit zu überwinden hätten. Das ist alles Quatsch! Gucken Sie einmal, wer zu Hause das Videogerät bedient. Da kommen die Alten nicht mit, das ist das Problem. Die Alten reden soviel über die Technikfeindlichkeit der Jungen, weil sie selbst nicht mehr mitkommen und das kaschieren wollen. Die Jungen reden nicht über Technik, sie nehmen sie wahr, und zwar in einer spielerischen Weise. Die Zeiten sind vorbei, in denen wir überlegen mußten, wie wir die Kinder mit dem Computer zusammenbringen. Wir müssen über eine ganz andere Frage nachdenken: Wenn dieser Prozeß einsetzt, dann werden die Menschen doch immer mehr Hilfsmittel bekommen. Deshalb ist die Rationalisierungsrevolution nicht mehr die Technik in der Fabrik. Es ist schon fast Nostalgie, wenn wir alle von den Fabrikarbeitern reden. Gucken Sie doch einmal, wie viele dort noch sind, und denken Sie darüber nach, wie viele bei der geschilderten Entwicklung in zehn Jahren noch dort sein werden. Das Problem ist doch, daß jetzt der technische Zeichner überflüssig wird. Das Problem ist doch, daß der Computerfachmann, der gerade gelernt hat, Dolmetscher zu sein zwischen Mensch und Maschine, hinfällig wird, weil die Maschine das selbst übernimmt. Was die Maschine jedoch nie übernehmen wird, ist das Konzept. Wenn Sie heute mit Datenverarbeitungsfachleuten reden, hören Sie, daß der Engpaß längst nicht mehr der Computer und die Zahl der Chips sind. Der Engpaß heißt: Problemlösung, Software, Ideen. Und vielleicht ist das unsere große Herausforderung, nämlich die Kreativität.

Ich glaube, es war Servan Schreiber, der uns vor zwanzig Jahren mit dem Buch „Die amerikanische Herausforderung“ geschockt und vor kurzem im „Figaro“-Magazin einen hochinteressanten Artikel über die „Neueinteilung der Macht in der Welt“ geschrieben hat. Natürlich sind es immer Spielereien. Der eine oder andere von Ihnen erinnert sich sicher noch an das Buch – ich glaube, es ist auch schon zwanzig Jahre alt – „Die Formeln der Macht“ von Ernst Fuchs. Er hat damals eine Kombination hergestellt zwischen Bevölkerungszahl, Stahlproduktion, Energiedarabutung. Aber eines ist sicher richtig: Servan Schreiber hat recht, wenn er sagt, eigentlich entscheiden die Kreativität und das Tempo der Innovationen über den Einfluß, die Fähigkeiten und letztlich die Macht der Völker.

Deshalb ist der Kulturbereich – das sollte man auch hinter der Frage der Kulturinvestitionen sehen –, der musische Bereich, einer der wichtigsten Sektoren. Kreativität hat etwas mit Muße, mit Phantasie, zu tun. Und wenn wir schon mehr Zeit und auch die materiellen Mittel haben, um der jungen Generation neue Chancen zu geben, dann läßt die jungen Leute ihre Phantasie entwickeln. Das heißt nicht nur Spitzenkunst, das heißt nicht nur ein dankbares Feststellen, daß die Museen, die Theater überfüllt sind, das heißt auch, daß wir – neben Jugendmusikschulen und Jugendkunstschulen – immer mehr versuchen müssen, der jungen Generation die Infrastruktur für die Entwicklung ihrer kreativen Fähigkeiten zu geben. Das kann das Entscheidende sein. Das kann sogar ein Stück von der Selbstverwirklichung in einer freiheitlichen Gesellschaft sein, die wir uns eigentlich wünschen müßten. Das ist ein neues Potential. Das ist nicht Fortsetzung von Konsumgewohnheiten. Das ist im Grunde ein Stück innerer Freiheit, und es führt natürlich zu diesem Individualismus, den die großen Organisationsstrukturen unserer Gesellschaft so vehement bekämpfen. Es ist doch interessant zu sehen, wer dauernd an der Anklagebank steht: die großen, gewachsenen Strukturen, die furchtbar unglücklich sind, daß sie die Hebel der Macht nicht mehr wahrnehmen können, weil ihnen die Leute wegläufen. Natürlich ist der Individualist, der als Programmierer bei der IBM – oder hier in Hamburg in einem adäquaten Bereich – tätig ist, ein ganz anderer Typ als der Stahlarbeiter, von dem man sagen konnte: zwanzigtausend Mann, gleiche Interessen, gleiche Position, gleiche Durchsetzungskraft.

Aber ist es nicht eine große Chance, diesen Individualismus sich durchsetzen zu sehen und dafür zu sorgen, daß er sich nicht in Egoismus umsetzt, was eine große Gefahr ist, und der Zuwendungs- und Solidaritätsprozeß abnimmt? Das ist eigent-

lich meine größte Sorge: daß die Leute die Chancen, die sie haben, nur noch in Privatinteressen umsetzen, interessanterweise in ihren Klubs enorm opferbereit sind, aber die Zuwendung zur Gesamtgemeinschaft ein Stück verlorengehen könnte. Das ist es eigentlich, um war wir kämpfen müssen beim Begriff der Solidarität. Es sind auch die neuen sozialen Fragen, die dabei auftauchen. Es sind neue Fragen, wie Solidarität sich umsetzt. Aber entscheidend ist, daß wir eigentlich keine Angst zu haben brauchen. Niemand hat geglaubt, daß wir bei dem Dollarkurs solche Exportleistungen erbringen, wie wir das getan haben. Alle Prognosen waren falsch. Natürlich war viel Zweckoptimismus dabei. Aber real sehen wir doch die Chance, daß dieser Prozeß, wenn wir gut sind, läuft, vor allem, wenn wir innovativ sind. Wir müssen das, was wir im Wettbewerb, in der Masse, nicht schaffen, individuell anbieten. Wir werden nicht der Wettbewerb oder Kaufhäuser, wie Amerika oder Japan, auf dem Weltmarkt sein, aber wir werden das Fachgeschäft sein. Und was machen die Leute? Die Leute gehen durch ein Kaufhaus, und je besser ihre Finanzlage ist – und diese wird besser, auch weltweit –, desto eher besichtigen sie eine Ware im Kaufhaus, gucken, wie billig sie wäre, und dann kaufen sie im Fachgeschäft ein bißchen teurer, weil ihnen das Design gefällt, weil das ein Individualprodukt ist, weil sie sich in das Produkt verlieben können, weil die Bedienung gut ist.

Und da ist schon wieder die Verbindung zum Kreativen, zum Design. Wir sollten ein bißchen optimistischer an diese Dinge herangehen und sollten vielleicht auch wieder ein bißchen mehr in die Zukunft investieren, als nur die Gegenwart zu bejammern.

Wenn das geschieht, dann bin ich ganz sicher, daß in zehn Jahren sowohl in Hamburg wie in Stuttgart festgestellt wird, daß zwischen der Europa- und der Regionalpolitik für beide eine glückliche Zukunft als gute deutsche Hamburger und als gute deutsche Baden-Württemberger in einem vereinigten Europa geboten werden kann. Und da sagen wir immer, wir hätten für unsere junge Generation keine Visionen mehr. Gibt es eine faszinierendere Vision als die, einer jungen Generation diese Chance Europa anzubieten?

Herzlichen Dank.

